

Prof. Dr. Ernst Chr. Suttner besuchte im April 1994 die Theologische Hochschule der griechisch-katholischen Diözese Nyiregyháza, nahm teil am Gründungskongreß einer Jugendorganisation dieser Diözese, hatte ausführliche Gespräche mit den dortigen Theologiestudenten und ihren Lehrern und hielt vor ihnen und vor hochgestellten kirchlichen Persönlichkeiten aus Karpatoruthenien, die eigens angereist waren, folgende Vorlesung:

STALINS UNTERDRÜCKUNG DER UKRAINISCHEN UNIERTEN KIRCHE

Während des 2. Weltkriegs rang sich die Sowjetführung zu einer neuen Kirchenpolitik durch. Sie hatte einsehen müssen, daß die Religion beim Aufbau des Sozialismus nicht zwangsläufig verschwindet, wie es der marxistisch-leninistischen Theorie entsprochen hätte. Nicht einmal die Zwangsmaßnahmen der Vorkriegszeit hatten ihr Verschwinden durchsetzen können. Also war die Religion von der Partei ernsthaft ins Kalkül zu ziehen. Da Stalin sie also nicht beseitigen konnte, beschloß er, sie hinfort in den Dienst seiner Politik zu nehmen.

Um zu erzwingen, daß die Kirchenvertreter die ihnen im Rahmen der neuen Kirchenpolitik zugedachten Aktivitäten vollzählig und stets im Geist der ihnen gemachten Auflagen durchführten, und um zu verhindern, daß sie andere als die ihnen staatlicherseits ausdrücklich zugedachten bzw. erlaubten Aktivitäten aufgriffen, rief er 1943 für die Russische Orthodoxe Kirche eine Aufsichtsbehörde ins Leben, die über sie wachte und faktisch die uneingeschränkte Möglichkeit zu Eingriffen in ihr Leben besaß. Mit eiserner Faust erzwang sie die Ergebenheit der Kirchenführer gegenüber allen politischen Direktiven und brach jeden auch noch so geringen Versuch von Widerstand durch Amtsentzug bzw. Verschickung in die Konzentrationslager. Eine weitere Behörde, die alle anderen Religionsgemeinschaften der Sowjetunion ebenso beaufsichtigen sollte, wurde im folgenden Jahr geschaffen. Die nötigen Vorkehrungen schienen getroffen zu sein, daß es in den Religionsgemeinschaften nicht zum Ansatzpunkt für oppositionelles Denken und Wollen komme.

Doch als sich im Winter 1944/45 die Mächte, deren Sieg über Hitler-Deutschland nahe rückte, auf die Gründung der UNO vorbereiteten, legte Pius XII. in der Weihnachtsansprache gemäß den Prinzipien der katholischen Soziallehre Grundsätzliches dar über

Friede und Gerechtigkeit zwischen den Völkern, über Freiheit und Demokratie. Die katholische Kirche war nicht gewillt, widerspruchslos hinzunehmen, daß das gesellschaftliche Leben ohne Rücksicht auf das Christentum gestaltet werde. Sie wollte auf der Basis ihrer Soziallehre einen Beitrag einbringen in die Diskussion über die neue Ordnung im Zusammenleben der Völker.

Um diese Zeit eroberte die Rote Armee von Katholiken besiedelte Länder, und diese sollten nach Stalins Plänen zum künftigen Herrschaftsgebiet der sowjetischen Weltmacht gehören. Hätten die Katholiken dieser Länder Geltung für die vom Papst vertretene Soziallehre gefordert, wäre es dort zu einer Opposition gegen die Vorstellungen der Kommunisten von der aufzurichtenden Ordnung gekommen. Um dies zu verhindern, begann in der Sowjetunion als Antwort auf die Weihnachtsansprache des Papstes eine scharfe Kampagne in Presse und Rundfunk, die in der jeder Begründung baren Behauptung gipfelte, die Papstansprache wäre eine Unterstützung für das stürzende Hitlerregime gewesen.

Weil Stalin über den Vatikan keine Aufsicht führen und ihn nicht für seine politischen Ziele instrumentalisieren konnte, war der oberste Grundsatz seiner neuen Kirchenpolitik, nämlich die Indienstnahme der Religionsgemeinschaften für die Politik der Partei, auf die katholische Kirche nicht anwendbar. Seitdem dies an der Jahreswende 1944/45 durch die päpstliche Weihnachtsansprache deutlich geworden war, war Stalin entschlossen, gegen die katholische Kirche den Kirchenkampf gnadenlos fortzusetzen. Eine der Konsequenzen davon war, daß er ab 1945 auf die Unterdrückung der Ukrainischen Unierten Kirche abzielte. Er wollte Klerus und Volk dieser Kirche aus der Führung durch den seinem Einfluß entzogenen Vatikan herausnehmen und sie dem durch seine Kirchenbehörde streng kontrollierten Moskauer Patriarchat unterstellt sehen.

Als im Gefolge des 2. Weltkriegs Galizien und Karpatoruthenien der Ukrainischen SSR angegliedert wurden, schien es zunächst, als sollte dort wie mit der orthodoxen, so auch mit der unierten Kirche gemäß den Regeln der neuen Religionspolitik verfahren werden. Als der Lemberger Metropolit Andrej Szeptycki am 1. November 1944 starb, konnte er feierlich beigesetzt werden; sogar der damalige Ministerpräsident Nikita Chruščev nahm an der Feier teil. Auch die Inthronisation des neuen Metropoliten Josif Slipyj konnte würdig erfolgen. In Karpatoruthenien erging an den Bischof der

unierten Katholiken kurz nach dem Einmarsch der Sowjetarmee sogar die Einladung, in seiner Residenzstadt bei den Feierlichkeiten zum Jahrestag der Oktoberrevolution als Redner aufzutreten. Alle diese Ereignisse geschahen vor der besagten Papstansprache; zum Jahreswechsel 1944/45 änderte sich hingegen alles. Von da an wollte Stalin in Galizien und in Karpatoruthenien dasselbe erreichen, was vor ihm die Zaren durchgesetzt hatten, wenn sie ihrem Reich ein Gebiet anschlossen, in dem es unierte Katholiken des byzantinischen Ritus gegeben hatte: diese Gläubigen der Russischen Orthodoxen Kirche eingliedern.

Doch Stalin nahm die Kirchenpolitik der Zaren nur für das Ziel, nicht für das Verfahren zum Vorbild. Denn sooft sich die Zaren um die Rückführung von Unierten zur Orthodoxie bemüht hatten, hatten sie in erster Linie Bischöfe und Priester aktiv sein lassen, damit diese eine kirchliche Konversion vorbereiteten; die zaristische Polizei, die bereitwillig und durchaus effizient mitgeholfen hatte, hatte nie jegliche Gewissensfreiheit unterdrückt, sondern die Druckmaßnahmen jeweils so dosiert, daß es Jahrzehnte dauerte, bis allmählich die zweite oder dritte Generation der Gläubigen, um die es ging, der Orthodoxie zugeführt war. Stalin hingegen setzte seine Polizeimacht schlagartig ein. Er wollte die unierte Kirche binnen weniger Wochen vernichten und ließ der orthodoxen Kirche keine Zeit, daß sie auch nur hätte versuchen können, die unierten Gläubigen von der Wahrheit der Orthodoxie zu überzeugen.

Vorbereitungen zur Liquidation der unierten Kirche

Aus den Erfahrungen mit dem Kirchenkampf der 30er Jahre hatten die Sowjetbehörden die Lehre gezogen, daß bloßes Unterdrücken durch Polizeiterror die Kirche nicht aus den Herzen der Glaubenden herausreißt. Darum sollte die Zerstörung der unierten Kirche das Aussehen eines kirchlichen Vorgangs erhalten.¹ Den Gläubigen sollte

¹ Als unter Michael Gorbačev die "Perestrojka" betrieben wurde und abzusehen war, daß den unterdrückten unierten Christen die Religionsfreiheit nicht mehr lange verweigert werden könne, als jedoch die Legalisierung der unierten Gemeinden noch nicht begonnen hatte, erschien in einer Moskauer Zeitschrift ein Bericht eines nach Lemberg und Kiew zu Recherchen entsandten Sonderkorrespondenten, in dem es heißt: "... N.S. Chruščev teilte ... im Februar 1945 ... mit, daß Stalin persönlich entschied, die ukraini-

vorgegaukelt werden, daß sie kirchlichen Oberen gehorchen, wenn sie tun, was die Parteiführung von ihnen wünschte. Also bedurfte es des Mittuns von Klerikern. Es kam den Behörden gelegen, daß es sowohl auf orthodoxer als auch auf unierter Seite Kleriker gab, die es für richtig hielten, daß sich die westukrainischen Unierten der Russischen Orthodoxen Kirche anschlossen. Da diese Kreise die Konversion der Unierten aus ehrenwerten Motiven wünschten, mußten die Sowjetbehörden nur dafür sorgen, daß sie möglichst lange nicht erfuhren, mit welchen Zwangsmaßnahmen die Aktion von Staats wegen durchgezogen werden sollte. Diese Kreise wurden von den Sowjetbehörden vorgeschoben, und wegen des Mittuns wenigstens dieser kleinen Gruppe von Klerikern wollten sie die ganze Angelegenheit in der Öffentlichkeit als eine Sache hinstellen, die durch kirchliche Persönlichkeiten in Gang gebracht sei. Aber diesen Helfern blieb es selbstverständlich verwehrt, die Wahrheitsfrage aufzuwerfen oder auch nur über den einzuschlagenden Weg zu diskutieren. Nur Handlangerdienste waren ihnen zgedacht.²

sche griechisch-katholische Kirche auf schnellstem Weg zu liquidieren"; G. Roznov, Eto my, Gospodi, in: Ogonek 1989, Heft 38, S. 6-8. Dem fügt der Korrespondent hinzu: "Da ich mir der grundsätzlichen Neuigkeit und eines gewissen Sensationswerts dieser Mitteilung bewußt bin, bin ich bereit, im Fall eventueller Gegenbehauptungen oder Dementis den Vertretern des KGB der Ukrainischen SSR die Code-Nummer der Aktenordner mit den Dokumenten zu benennen, die in ihren mir noch unzugänglichen Archiven aufbewahrt werden." Von "Sensationswert dieser Mitteilung" konnte damals gesprochen werden, weil die Sowjetbehörden aus Gründen, von denen sogleich die Rede sein wird, mit Erfolg die Behauptung verbreitet hatten, der Anstoß sei von Kirchenführern ausgegangen. Sogar im Westen wurde diese Behauptung geglaubt; sie war in Kreisen der Exilukrainer stark verbreitet; vgl. I. Hrynioch, Die Zerstörung der Ukrainisch-katholischen Kirche in der Sowjetunion, in: Ostk. Stud. 12(1963)3-38.

² Außer den in ehrenwerter Weise überzeugten Persönlichkeiten gab es auch Kleriker, die sich aus Angst vor den Behörden und aus übergroßer Bereitschaft, deren Willen zu erfüllen, zum Mittun gewinnen ließen. Auch von ausgesprochener Erpressung durch die Behörden und von schweren Zwangsmaßnahmen gegen nicht kooperationswillige Kleriker hat man Kenntnis. Manche, die mitwirkten, mögen anfangs gemeint haben, durch konziliante Haltung den Behörden gegenüber mäßigenden Einfluß nehmen und wenigstens noch größeres Übel verhindern zu können; sie befanden sich über kurz oder lang in einer Verstrickung, aus der es keinen Ausweg mehr gab. Denn die Sowjetbehörden nahmen die einen wie die anderen für eine Aktion in den Dienst, deren Ablauf jeder Christlichkeit Hohn sprach und die Religionsfreiheit mit Füßen trat, und sie erlaubten niemandem, auch nur die leiseste Kritik an dem Vorgehen zu üben.

Es gelang bei der Unterdrückung der unierten Kirche sogar, die Opfer der brutal durchgeführten polizeilichen Zwangsmaßnahmen soweit hinters Licht zu führen, daß sie die Hauptschuld daran bei jenen orthodoxen Hierarchen vermuteten, die zum Mittun mißbraucht wurden. Auf diese Weise entzweiten die Sowjetbehörden bei der Zerstörung einer ihnen mißliebigen Kirche die Christen der Westukraine auch noch untereinander. Die Machenschaften der Polizei hatten besonders schwere Vorwürfe gegen Patriarch Aleksij I. (Simanskij) von Moskau zur Folge. Denn unter seinem Namen wurde bald nach seiner Wahl zum Moskauer Patriarchen ein Hirten Schreiben in Umlauf gebracht, das die katholischen Ukrainer zur Apostasie einlud.

Dieses Hirtenwort ist ein Falsifikat. Wo immer man sich darauf berief, benannte man Fundstellen des russischen Texts, die es nicht gibt.³ Doch in noch viel stärkerem Maß als die unklare Quellenlage zwingt der Inhalt des Hirtenworts, an der Autorschaft des Patriarchen Aleksij zu zweifeln. Denn die einzige bedeutsame dogmatische Aussage des Schreibens lautet: "... eine kirchliche Gemeinschaft, die aus der katholischen Einheit der Orthodoxie ausscheidet, geht ihrer apostolischen Sukzession und Gnadenhaftigkeit verlustig ...". Dies steht in unüberbrückbarem Gegensatz zu ganz scharfen Ausführungen des Metropoliten (späteren Patriarchen) Sergij (Stragorodskij), des unmittelbaren Amtsvorgängers von Patriarch Aleksij. Wäre die Zuschreibung berechtigt, hätte Patriarch Aleksij seinem Vorgänger in der Ekklesiologie fundamental widersprochen. Es gibt aber keinen solchen Widerspruch. Im Gegenteil. In Reden und schriftlichen Dokumenten bekundete Aleksij des öftern ausdrücklich seine Anerkennung der Gnadenhaftigkeit nichtorthodoxer Kirchen, ihrer Hierarchen und ihrer Sakramente. Das Hirtenwort ist das Werk eines geschulten Theologen, der mit der Polizei kooperierte. Es verdient volle Beachtung, denn es trägt die Argumente derer vor, die aus ehrenwerten Motiven bei der Konversion der Unierten zur Orthodoxie mitwirkten.

³ Ein ausführlicher Nachweis für diese Feststellung und überhaupt die notwendigen Quellenbelege für alle Thesen in diesem Beitrag, dazu kritische Auseinandersetzungen mit gegenteiligen Behauptungen und darüber hinaus noch eine Vielzahl von Informationen, die in dieser Vorlesung keinen Platz mehr fanden, sind vorgelegt bei Suttner, Die katholische Kirche in der Sowjetunion, Würzburg 1992.

Auch unter den Unierten setzten die Behörden Vorbereitungen in Gang. Nachdem im April 1945 alle unierten Bischöfe verhaftet worden waren, konstituierten sich im Mai desselben Jahres drei unierte Priester zu einem "Initiativausschuß zur Wiedervereinigung der Griechisch-katholischen Kirche mit der Russischen Orthodoxen Kirche". Ihre erste Amtshandlung war ein Briefwechsel mit den Sowjetbehörden, in dem ihnen versichert wurde, daß sie von der Sowjetmacht als das einzige kirchliche Organ der unierten Kirche anerkannt seien. Ihre Aufgabe sei, heißt es im Antwortschreiben der Behörden, die griechisch-katholischen Pfarreien der Westukraine zu führen und sie auf die Vereinigung mit der Russischen Orthodoxen Kirche hinzuleiten.

Die Papstencyklika "Orientales omnes"

Im Dezember 1945 jährte sich die Brester Union zum 350. Mal. Zur Würdigung des Jubiläums erging am 23. Dezember 1945 die Enzyklika "Orientales omnes". In ihrem dritten Teil war die Rede von dem, was 1945 in Galizien vor sich gegangen war.

Man war in Rom nach Ausweis der Enzyklika über die Vorgänge in Galizien bestens informiert, und man nannte sie beim Namen. Auch das Hirtenwort unter dem Namen des Patriarchen Aleksij ist in der Enzyklika erwähnt; man hatte es in Rom nicht als Falsifikat erkannt.

Schon im Vorjahr hatte der Papst in seiner Weihnachtsansprache deutlich gemacht, daß die Katholiken in Fragen der Menschenrechte und des gesellschaftlichen Lebens nicht einfach die Direktiven der Regierenden hinnehmen werden, sondern gewillt sind, Position zu beziehen. Nun tat er mit dieser Enzyklika genau das Gegenteil von dem, wozu Stalin das Moskauer Patriarchat zwingen konnte. Nicht, daß er es nur unterließ, Lobsprüche auf den großen "Befreier" Stalin von sich zu geben; er schwieg nicht einmal zu den Verletzungen der Menschenrechte durch die Sowjetmacht, sondern klagte vor aller Welt die Sowjetunion der Religionsverfolgung an, und zwar unter Vorlage von Beweisen. Weil der dritte Teil der Enzyklika "Orientales omnes" ein freies Wort war über die Freiheitsunterdrückung durch den Stalinismus, kam in der Sowjetunion ein Jahr nach der Weihnachtsansprache von 1944 der Haß der Gewalthaber gegen die katholische Kirche vollends zur Eskalation.

Die sogenannte "Synode von Lemberg"

Am 22. Februar 1946 wurde in Kiev eine aus 13 Priestern bestehende Delegation des "Initiativausschusses zur Wiedervereinigung der Griechisch-katholischen Kirche mit der Russischen Orthodoxen Kirche" in die orthodoxe Kirche aufgenommen, und die Priester Antonij Pel'več'kij und Michail Mel'nik wurden am 24. bzw. 25. Februar zu Bischöfen geweiht. Da es unter den Unierten der Westukraine in der Tat Priester und Intellektuelle gab, die eine Konversion zur Orthodoxie für richtig hielten, konnten die Konversionen und Weihen vom Februar 1946 verstanden werden als das Schaffen des organisatorischen Rahmens für eine erhoffte freiwillige Übertrittsbewegung größeren Ausmaßes von Gläubigen und Priestern. Dies ist zu berücksichtigen, wenn einer zu ergründen sucht, weswegen Patriarch und Synode in Moskau zu diesen Bischofsweihen die Zustimmung gaben. Auch die Tatsache darf man nicht übersehen, daß das ökumenische Denken, durch welches ein solches Vorgehen heutzutage als Proselytismus qualifiziert würde, damals dem Moskauer Patriarchat noch fremd war.

Der Initiativausschuß berief für den 8. bis 10. März 1946 in Lemberg eine Versammlung ein, die sich eigenmächtig Synode nannte und die Brester Union einfach für beendet erklärte. Als man die Versammlung einberief, war man sich der zwiespältigen Lage deutlich bewußt, in der sich die am 24. bzw. 25. Februar neugeweihten Bischöfe befanden. Es war keineswegs sicher, daß sie zu einer Klerusversammlung der unierten Kirche zugelassen worden wären, wenn bekannt gewesen wäre, daß sie zur orthodoxen Kirche konvertiert und bereits zu **orthodoxen** Bischöfen geweiht waren. Also hielt man die bereits vollzogenen Konversionen und Bischofsweihen geheim, bis von den Versammlungsteilnehmern der Beschluß gefaßt war, zur Orthodoxie zu konvertieren.

Man vergegenwärtige sich die kanonistischen, ekklesiologischen und psychologischen Probleme der Versammlungsteilnehmer, von denen verlangt wurde, sich als Mitglieder einer Synode zu verstehen. Laut ausdrücklicher Aussage der Akten galt für sie, daß es keine Synode gibt ohne Bischöfe. Doch keiner ihrer Bischöfe nahm teil; diese waren alle im Gefängnis. Kanonistisch war also zu fragen, wieso eine Versammlung, die zusammentrat in der Meinung, ein

Priestertreffen zu sein, und die den Beschluß, für den sie einberufen wurde, zu einem Zeitpunkt faßte, zu dem sie sich noch immer als reines Priestertreffen verstand, zu guter Letzt dennoch als Synode gelten soll. Wieso konnte ihr Versammlungsbeschluß nachträglich die kirchenrechtliche Bedeutung einer Synodalentscheidung erlangen, sobald sich herausstellte, daß geheim geweihte, bislang unbekannte Bischöfe zugegen waren? Eine ekklesiologische Aporie ergibt sich, wenn die Versammlung, der nachträglich überraschend die Würde einer Synode zuerkannt wurde, als Synode der griechisch-katholischen Kirche gelten soll, obwohl die inkognito anwesenden Bischöfe keine Bischöfe der griechisch-katholischen Kirche waren. Sie hatten ihr doch allesamt vorher bereits durch Konversion den Rücken gekehrt und waren zu Bischöfen einer anderen Kirche geweiht worden. Seelisch hatten die Teilnehmer den Betrug zu verwinden, daß sie zu einer Versammlung des griechisch-katholischen Klerus geladen wurden, aber nach Behandlung des Hauptpunktes erfahren mußten, daß das gesamte einladende und die Arbeiten dominierende Präsidium samt einer Reihe weiterer entscheidender Versammlungsmitglieder orthodox waren.

Diese Probleme konnten bei den Beratungen nicht einmal aufgeworfen, geschweige denn diskutiert werden. Darum befaßt sich der Beschlußtext, der vom Initiativausschuß vorbereitet war, nur mit der leidvollen Geschichte der unierten Kirche in Polen. Diese Geschichte dürfe, heißt es, unter den neuen Bedingungen (d.h. nach der Vereinigung aller Ukrainer in einer gemeinsamen Sozialistischen Republik) glücklicherweise für überwunden gelten; darum sei die Union nicht mehr nötig und zu beenden. Kein Wort wurde verloren auf theologische Fragen; niemand durfte der geistlichen Anliegen jener Vielzahl von Gläubigen gedenken, denen es eine Gewissenspflicht vor Gott bedeutete, in Einheit mit dem Inhaber des Petrusamtes zu stehen. Ohne daß das Denken und die Gewissensüberzeugung der Mehrheit Beachtung gefunden hätte, faßte die Versammlung einen Beschluß auf kollektive Konversion aller Unierten der Diözesen Lemberg, Przemysl und Stanislav zur Orthodoxie. Der Beschluß sollte ein für allemal beenden, was mit der Brester Union begonnen hatte.

Kein Jubel am Patriarchatssitz zu Lebzeiten Aleksijs

In einem Schreiben, das die Versammlung an Patriarch Aleksij richtete, hieß es: "Wir bitten Eure Heiligkeit, unseren Beschluß anzuerkennen und uns in den Schoß der allrussischen orthodoxen Kirche aufzunehmen." Eisiges Schweigen war nach Ausweis des Berichts, den das Journal des Moskauer Patriarchats im Aprilheft 1946 der Lemberger Versammlung widmete, die Antwort des Patriarchen Aleksij auf dieses Ansuchen. Er verhielt sich den Vorkommnissen gegenüber wie einer, der über sich ergehen läßt, was er nicht abwenden kann; wie einer, der sehr genau weiß, daß er, wenn er protestieren wollte, dies im äußersten Fall durch Schweigen tun darf, weil jedes unerwünschte Wort aus seinem Mund bitter gerächt würde, und zwar nicht an ihm selbst, wahrscheinlich auch nicht an den Bischöfen, wohl aber an zahlreichen Priestern und Gläubigen seiner Kirche. Er schwieg, weil ihm keine andere Möglichkeit mehr blieb als durch Schweigen wenigstens nicht zur Ursache zusätzlicher Leiden von Orthodoxen zu werden, nachdem er einsehen mußte, daß er das Leid der Unierten auch durch Reden nicht hätte mindern können.

Im Inhaltsverzeichnis sowohl des Aprilhefts des Moskauer Patriarchatsjournals als auch in jenem des ganzen Jahrgangs 1946 ist der Bericht über die Ereignisse von Lemberg ausdrücklich als nicht zum offiziellen Teil gehörig ausgewiesen. Dem Bericht ist zu entnehmen, daß Delegierte der Lemberger Versammlung nach Moskau reisten. Doch der Bericht über diese Reise umfaßt nicht einmal eine ganze Seite, und darin genügen für die Audienz beim Patriarchen vier Zeilen. Sie lauten: "Am 5. April wurde die Delegation von Sr. Heiligkeit Patriarch Aleksij in Gegenwart von (den?)⁴ Mitgliedern der Synode empfangen. Das Delegationshaupt, Erzpriester Kostel'nik, verlas ein Schreiben der Delegation bezüglich der Wiedervereinigung der Uniaten mit der orthodoxen Kirche."⁵ Der Text

⁴ Da das Russische keinen Artikel hat, ist die Formulierung zweideutig. Sie kann bedeuten, daß die Synode insgesamt oder nur einzelne Synodalen zugegen waren. Die Kälte des Textes läßt die Frage, ob die Zweideutigkeit gesucht war, nicht abwegig erscheinen.

⁵ Bezeichnend ist ein Vergleich dieser Zeilen, die sich auf Millionen von Gläubigen beziehen, mit den freudigen und ausführlichen Berichten, die das Patriarchatsjournal von der Rückkehr einzelner Kleriker der Erneuererkirche ins Moskauer Patriarchat brachte.

bricht ab, nachdem nur das Verlesen eines Schreibens, nicht einmal sein genauer Inhalt, erwähnt ist. Eine Antwort darauf gab erst nach dem Tod des Patriarchen Aleksij im Jahr 1971 das russische Landeskonzil, das Metropolit Pimen (Izvekov) zu seinem Nachfolger wählte. Dieses Konzil beschloß "zur Kenntnis zu nehmen ein historisches Ereignis im Leben der Russischen Orthodoxen Kirche, die Rückkehr der Griechisch-Katholischen Galiziens und des Karpatengebiets zur orthodoxen Kirche in den Jahren 1946 und 1949 und die Aufhebung der Brest-Litovsker und der Užgoroder Union, die seinerzeit gewaltsam auferlegt wurden."

Die in dem Konzilsbeschluß mitbenannte Užgoroder Union betraf Karpatoruthenien. Dort hatte es bereits in tschechoslowakischer Zeit orthodoxe Gemeinden gegeben. Als das Land der ukrainischen Sowjetrepublik angegliedert war, errichtete das Moskauer Patriarchat für sie ein eigenes Bistum. Der erste Bischof verhielt sich korrekt zur unierten Kirche des Landes. Unter ihm gab es nicht jene Übertritte zur orthodoxen Kirche, welche die Behörden wünschten. So war das Moskauer Patriarchat im Juni 1948 genötigt, ihn zu versetzen und dem Lemberger Bischof Makarij die Mitbetreuung der Diözese Karpatorutheniens zu übertragen. Dieser stellte sich voll in den Dienst der behördlich erwünschten "Heimholung" der Unierten.

Bezeichnenderweise erwähnen die Laudationes auf Patriarch Aleksij, die sich in Editionen des Moskauer Patriarchats finden, keine Erfolge, welche die Russische Orthodoxe Kirche unter seiner Führung in der Westukraine erzielt hätte. Wie wäre dies zu erklären, wenn die Moskauer Patriarchatsleitung über die Vorgänge voller Freude gewesen wäre? So würdigte z.B. der Erzbischof von Jaroslavl' und Rostov, der spätere Metropolit Nikodim (Rotov) von Leningrad, Patriarch Aleksij bald nach dessen 85. Geburtstag in den "Stimmen der Orthodoxie" und erwähnt ausführlich die Verdienste des Patriarchen als "Versöhner und Sammler seiner kirchlichen Herde", spricht aber nur von den Ergebnissen seiner "zähen und geduldigen Bemühungen" um die russische Emigration in aller Welt. Auf die Westukraine wird nicht einmal verwiesen. Vor dem 90.

Diese finden sich im offiziellen Teil des Journals, erwähnen die russischen Hierarchen, die der Aufnahme beiwohnten, jeweils mit Namen und vermerken ausdrücklich, daß und unter welchen Bedingungen die Aufnahme erfolgte.

Geburtstag ehrte das Moskauer Patriarchat Patriarch Aleksij durch eine würdig ausgestattete Biographie in russischer, deutscher, französischer, englischer und griechischer Sprache, die dazu bestimmt war, das Denken und die Verdienste des Patriarchen weltweit bekanntzumachen. Svjatejšij Patriarch Moskovskij i vseja Rusi Aleksij. Izdanie Moskovskoj Patriarchii 1966. Gewürdigt wurde der Patriarch als Mitarbeiter seines Vorgängers, des Patriarchen Sergij; für seinen Einsatz im Vaterländischen Krieg; für seine Bereitschaft, 1945 die Wahl zum Patriarchen anzunehmen; für seinen seelsorgerlichen Einsatz; für sein Eintreten für die panorthodoxe Einheit; für sein Engagement für die Einheit aller Christen; für sein Mitwirken im Kampf um den Frieden. Die Rückführung der Unierten wird nicht erwähnt. Erst im Nachruf, den ihm das Journal des Patriarchats nach seinem Tod widmete, ist ein Hinweis auf die Rückkehr der Unierten enthalten. Von seinem Besorgtsein um die Unierten Westgaliziens ist dort die Rede - jedoch mit Worten, die eventuell sogar bedeuten könnten, daß er den Unterdrückten wegen ihrer Leiden zugetan war. Es heißt im Nachruf: "1946 wurde auf der Synode von Lemberg und 1949 wurde in Užgorod die Brester Union liquidiert; unsere Volksgenossen kehrten in den Schoß der Mutterkirche zurück. Wie auch sonst immer bewies dabei Seine Heiligkeit große pastorale Liebe zu jenen, die sich lange Zeit außerhalb der Hürde der Orthodoxie befanden."

Diese Laudationes mögen bei der Lektüre dessen helfen, was von 1946 bis 1970 im Moskauer Patriarchatsjournal über die sogenannte Synode von Lemberg geschrieben wurde. Denn dort gilt es, wie bei allen Zeitschriften, über die der Zensor eines totalitären Regimes mit Ergänzungsaufgaben und Streichungen Regie führte, auch "zwischen den Zeilen zu lesen".

Ein nichtssagender kurzer Bericht, der gehorsam der von der staatlichen Kirchenbehörde gewünschten Sprachregelung folgt, erschien zum ersten Jahrestag im April 1947. Das nächste Mal wurde der sogenannten "Synode von Lemberg" in der Patriarchatszeitschrift gedacht anlässlich des 10. Jahrestages. Im offiziellen Teil des Aprilheftes sind Grußtelegramme aus Lemberg und Stanislav vom 25.3.1956 abgedruckt, dazu die Antworttelegramme des Patriarchen vom Tag danach. Letztere erbitten Segen, enthalten aber keinen Ausdruck von Freude über den Festanlaß. Ist es vielleicht angebracht, das Brechen des langjährigen vollen Schweigens mit Zei-

tereignissen in Zusammenhang zu bringen? Nikita Chruščev, der 1946 als Erster Parteisekretär der Ukraine von der sogenannten Synode von Lemberg ein Grußtelegramm erhalten hatte, war inzwischen zum ersten Mann in Moskau geworden. Beim 20. Parteikongreß vom 14.-25.2.1956 hatte er zu größerer ideologischer Wachsamkeit aufgerufen und die sogenannte "Entstalinisierung" eingeleitet, die sich bekanntlich den Kirchen gegenüber als neue Verfolgungsperiode erwies. Nötigte dies vielleicht den Patriarchen, wenigstens zu telegraphieren?

10 Jahre später gab es die einzige positive Aussage des Patriarchen Aleksij zu den Ereignissen in der Westukraine, die sich in einer amtlichen Publikation des Moskauer Patriarchats findet: sein Sendschreiben zum 20. Jahrestag.⁶ Denn 1966, zu Beginn der Ära Brežnev, wurde in Lemberg eine erste große Jubiläumsfeier für die dortigen Vorgänge des Jahres 1946 abgehalten.

Aufschlußreich ist es, das Zustandekommen der Feier näher zu untersuchen. Wie zum ersten Jahrestag 1947, veröffentlichte das Journal des Patriarchats auch 1966 wieder einen Gedenkaufsatz, diesmal bereits im Februarheft. Dabei wurde in den Ausführungen über die Geschichte der unierten Kirche der auferlegten Sprachregelung so gründlich gehuldigt, daß es große Überwindung kostet, den Aufsatz überhaupt zu lesen. Das März- und das Aprilheft verschweigen das Jubiläum. Aus dem Maiheft aber ist zu erfahren, daß am 31.3.1966 (als der Jubiläumstermin schon verstrichen war!) eine Synodensitzung stattfand, die ausschließlich diesem Thema gewidmet war. Zu dieser Sitzung wurde neben dem damaligen Lemberger Bischof Nikolaj auch Bischof Onisim von Vladimir und Suzdal' zugezogen. Über letzteren, der im August 1944 zum Bischof erhoben worden war, erfahren wir bei Lemesevskij-Patock, daß er "wohl der einzige Bischof der neuen Kirchengeschichte (ist), der nie versetzt wurde", und wer die Geschichte der Russischen Orthodoxen Kirche in den Jahrzehnten nach dem 2. Weltkrieg aufmerksam verfolgte, weiß, was diese Information zu bedeuten hat. Mit Hilfe

⁶ Žurnal Moskovskoj Patriarchii 1966, 5, S. 1f. Uns stehen keine Quellen zur Verfügung, die den Gesundheitszustand des fast 90jährigen Patriarchen zum Zeitpunkt der Abfassung dieses Sendschreibens beleuchten. Ehe dieses Schriftstück als Beweis gewertet wird, daß Patriarch Aleksij wenigstens einmal die Ereignisse von 1946 und von 1949 positiv bewertete, müßten die Archive nach ärztlichen Aufzeichnungen durchforscht werden.

dieses regime-konformen Bischofs wurde der Synode "nahegebracht", eine verspätete Jubiläumsfeier vom 22. bis 25. April in Lemberg zu beschließen.

Der Bericht über die Jubiläumsfeier im Patriarchatsjournal ist überaus lang. Auch Photos von Patriarch Aleksij sind in ihn eingefügt. Doch nur oberflächliche Lektüre bzw. die Durchsicht des Heftes durch sprachkundige Ausländer kann ihn deswegen mit der Feier in Verbindung bringen. Die Bildunterschriften, deren Daten mancher Betrachter, der kein Russisch versteht, vielleicht als einziges entziffert, zeigen, daß die meisten dieser Photos am Tag entstanden, an dem die Lemberger Feier begann. Doch sie stammen von einer ökumenischen Konsultation am Sitz des Patriarchen, über die in diesem Heft der Zeitschrift gar nicht berichtet wird. Das Vorgehen der Redaktion, die vermutlich gewissen Forderungen nachkommen mußte und es doch verstand, die Persönlichkeit ihres Patriarchen zu schützen, war eine bewundernswürdige journalistische Gratwanderung, vergleichbar jener, die 20 Jahre zuvor erbracht wurde beim Bericht über die Ereignisse selbst.

Nach Patriarch Aleksijs Tod im April 1970 führte Metropolit Pimen als Verweser die Geschäfte des Moskauer Patriarchats. In dieser Eigenschaft hatte er unter anderem die Vorbereitung des Landeskonzils vom Mai/Juni 1971 zu leiten, das ihn dann auch zum Nachfolger Aleksijs bestellte. In dieser Zeit wurden die Weichen für den Konzilsbeschluß gestellt, der dem Ansuchen der sogenannten "Synode von Lemberg" Gehör gab. Die Zeit war zu Ende gegangen, in der nur einzelne Persönlichkeiten, nicht aber das Moskauer Patriarchat Stalins Tun in der Westukraine für kirchlich relevant hielten.

Am Ende einer ausführlichen und von großer ökumenischer Offenheit des Auditoriums zeugenden Diskussion, die sich an die Vorlesung anschloß, ging der orthodoxe Pfarrer von Nyiregyháza auf den dortigen griechisch-katholischen Bischof Szilárd Keresztes zu und bat ihn, die anwesenden Weihbischöfe aus Karpatoruthenien und überhaupt die ganze Versammlung in seinem eigenen Namen und namens der orthodoxen Ortsgemeinde um Vergebung für das Unrecht, das den unierten Katholiken nach dem 2. Weltkrieg angetan wurde. Alle Anwesenden waren davon tief bewegt.

